

Berliner Zustände 2007

Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
Herausgeber: apabiz und MBR

Inhalt

BERLINER ZUSTÄNDE 2007	56
Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin 2007 VON REACHOUT	
Vorwort	3
VON ANDREAS KÖHN (VER.DI)	
Einleitung	5
VON ANNIKA ECKEL (MBR) UND EIKE SANDERS (APABIZ)	
»Im Namen des Volkes ...«	7
Ein Opfer rechter Gewalt berichtet VON PAULA S.	
Zahlen, Fakten, Hintergründe	11
Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin 2007 VON SABINE SEYB (REACHOUT)	
Von weißen Privilegien reden	16
Eine erste Diskussion zur Instrumentalisierung des Rassismusbegriffs	
»Rassismus gegen Deutsche?«	17
VON TIMO LANGE (REACHOUT)	
Grenzziehungen	20
VON EIKE SANDERS (APABIZ)	
Antisemitismus in Berlin	23
Erscheinungsformen und Debatten im Jahr 2007	
Chronik antisemitischer Vorfälle in Berlin 2007	24
VON AMIRA – ANTISEMITISMUS IM KONTEXT VON MIGRATION UND RASSISMUS	
Kalkulierte Tabubrüche und wehrhafter Opfermythos	37
Selbstinszenierung der Berliner NPD in der Kommunalpolitik VON ANNIKA ECKEL (MBR)	
Schwungloser völkischer Alltag	46
VON ULLI JENTSCH (APABIZ)	
Empfehlenswerte Literatur	63
Adressen / Impressum	64

Zu den Fotos

Die Fotos in diesem Schattenbericht zeigen Bilder jüdischen Lebens in Berlin, den Alltag und die Orte des Gedenkens. Die Schwierigkeiten einer solchen Arbeit beschreibt der Fotograf auf Seite 64.
Christian Ditsch, geb. 1962, arbeitet im Verbund der Fotografenagentur version und fotografiert politische Themen aus dem Alltag, Reportagen, Reisen und Dokumentationen (www.version-foto.de).

Vorwort

von ANDREAS KÖHN (VER.DI)

Eigentlich müsste ein Sturm der Enttarnung durch dieses Land gehen, denn selten haben ver.di und Deutsche Journalisten-Union (dju) so viele Attacken auf die freie Berichterstattung registrieren müssen wie in dem vergangenen Jahr 2007.

Zwei Beispiele: Vier Berliner Tageszeitungen erfuhren erst durch ver.di, dass ihre Post vier Tage lang gefilzt wurde. Das Bundeskriminalamt gab zu, in je einem Brief an die Berliner Morgenpost und die BZ Bekennerschreiben der »militanten Gruppe« gefunden zu haben. Doch wer garantiert, dass nicht weitere Briefe abgefangen und ausgewertet wurden? Briefe von InformantInnen, die vielleicht einem Redakteur Material zuschicken wollten? Die Redaktionen wurden nicht informiert, es war kein Rechtsvertreter der Verlage bei der Aktion anwesend. Der Informantenschutz war außer Kraft. Doch wirklich nur an diesen Tagen? Niemand von den Betroffenen weiß, ob nicht das BKA öfter Post kontrolliert.

In einem anderen Fall erfuhren mehrere JournalistInnen erst im Oktober 2007

durch einen Artikel in der Berliner Morgenpost, dass sie überhaupt Betroffene eines Verfahrens sind. Schon im Jahr 2005 hatte das Berliner Landeskriminalamt, Abteilung Staatsschutz, Ermittlungen gegen ein gutes Dutzend FotojournalistInnen eingeleitet. Der absurde Verdacht: die Verdächtigen hätten als sogenannte »Antifa-Fotografen« – so der Begriff aus den Ermittlungsakten – die rechte Szene ausgespäht. Die FotografInnen gerieten willkürlich ins Visier, personenbezogene Daten wurden durch die selbstherrlichen ErmittlerInnen erhoben und in einer Datei gespeichert. Gestoppt wurde die Schnüffelwut erst durch die Staatsanwaltschaft, die die Ermittlungen einstellen ließ anstatt die geforderten Hausdurchsuchungen bei den zu Unrecht Verdächtigten zu genehmigen.

Diese Art der Ermittlungen werfen ein Schlaglicht auf Methoden bei Teilen der Behörden, die ver.di und im Besonderen

natürlich die dju scharf kritisieren – im Interesse der JournalistInnen aber auch im Interesse der freien Berichterstattung, die ein hohes Gut in unserer Gesellschaft darstellt. Eine gute Berichterstattung gelingt unserer Presse unter anderem dadurch, dass sie möglichst wenig eingeschränkt wird in ihrer Recherche. Dazu gehört der Schutz von InformantInnen ebenso wie die Freiheit, politische Aktivitäten und besonders die von rechtsextremen Organisationen, zu beobachten und zu dokumentieren. Diese Grundlagen werden durch solcherlei Ermittlungen angegriffen und das ist inakzeptabel.

Die »Freiheit der Berichterstattung« ist nichts, was allein einer Berufsgruppe wie den JournalistInnen oder den Medien als Ganzes zukommt. Auch Initiativen brauchen die Möglichkeit, sich frei zu informieren, gesellschaftliche Skandale zu benennen und die politischen Verantwortlichen zu kritisieren. Sie erfüllen da-



Bildinformation:

↑ Jüdische OberschülerInnen auf dem Schulweg. (11.2.2008, Berlin)
20. Mai 2007, Berlin-Mitte: Am Abend wurde ein 16-Jähriger, der eine Kippa trug, in der S-Bahn Linie 1 von drei bis vier Jugendlichen antisemitisch beleidigt und geschlagen. (Tagesspiegel, 22.05.07)



rin eine grundlegende zivilgesellschaftliche Aufgabe, die als Gradmesser der Freiheit der gesamten Gesellschaft gelten darf.

Die hier im nunmehr zweiten Schattenbericht »Berliner Zustände« versammelten Projekte kennen das Spannungsfeld zwischen behördlichen »ErmittlerInnen« und zivilgesellschaftlichen »Berichterstat-terInnen« nur zu gut. Die Projekte müssen sich in ihrer professionellen Arbeit der Beratung, der Dokumentation, der Analyse oder der Intervention ständig mit den Grenzen zwischen »Ermitteln« und »Berichten« auseinandersetzen. Und sie müssen sich, das zeigen mehrere Berichte in diesem Jahr, auch immer wieder der Avancen oder der Ignoranz der Behörden erwehren.

Die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt ReachOut macht in ihrem Bericht deutlich, wie sich das Verhältnis zu Ermittlungsbehörden im Laufe ihrer Arbeit verändert hat und beschreibt positive und negative Erfahrungen. Und sie machen das beachtenswerte Prinzip ihrer Arbeit deutlich, zuerst an der Seite der Opfer zu stehen. Sie sehen sich daher auch zwangsläufig im Konflikt mit staatlichen Stellen, wie sie in ihrem Bericht schreiben.

ReachOut weist zu Recht auch auf die skandalösen Ermittlungen gegen den Anti-

faschisten Matthias Z. hin, ehrenamtlicher Mitarbeiter der Opferberatungsstelle und auch aktives Mitglied des ver.di Landesbezirks Berlin-Brandenburg. Er war von RechtsextremistInnen beschuldigt worden, sie tätlich angegriffen zu haben. Seine KollegInnen von ver.di hatten immer an seine Unschuld geglaubt. Sein Verfahren endete im Dezember 2007 mit einem Freispruch und machte mehrfach die haarsträubenden Ermittlungsmethoden in dem Fall deutlich. Doch damit sind wir leider immer noch nicht am Ende angekommen. Von den eingangs erwähnten Ermittlungen des Berliner LKA gegen »Antifa-Fotografen« war auch ein Kollege des Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrum (apabiz) betroffen. Das ver.di-Mitglied geriet wegen seiner Foto-Berichterstattung bei einem Nazi-Aufmarsch im Dezember 2005 in die Akten des LKA. Der Aufmarsch fand im vergangenen Jahr zum fünften Mal statt.

Welches Fazit kann man aus all diesen Fällen ziehen? Es gibt skandalöse Methoden auf Seiten der ErmittlerInnen in Fällen, die sich gegen Links richten. Und es gibt Methoden beim Berliner LKA, die sich immer wieder gegen die richten, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. Diese Methoden behindern vor allem die Berichterstattung über Rechts- extremismus, ob sie professionell bei

JournalistInnen stattfindet oder in zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlichen Initiativen. Es ist dringend notwendig, dass solche Methoden aufhören. Denn sie behindern die Aktivitäten, die wir dringend brauchen, um dauerhaft einer rechtsextremen Bedrohung begegnen zu können. //

ANDREAS KÖHN ist stellvertretender Landesbezirks- und Fachbereichsleiter Medien, Kunst und Industrie der Gewerkschaft ver.di Berlin-Brandenburg. Außerdem ist er der Landesgeschäftsführer der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) und engagiert sich seit Jahren zum Thema Rechtsextremismus innerhalb und außerhalb der Gewerkschaft (www.agrexive.de).



Einleitung

von ANNIKA ECKEL (MBR) und EIKE SANDERS (APABIZ)

Bereits zu Beginn des Jahres 2007 wurde der jüdische Kindergarten in Charlottenburg mit antisemitischen Parolen beschmiert und in das Gebäude eine Rauchbombe geworfen: Ein Angriff, der in den letzten Jahren in Berlin seines Gleichen sucht. Die kontinuierlich hohe Zahl antisemitischer Übergriffe der letzten Jahre offenbart ein gesellschaftliches Klima, auf dessen Grundlage ein solcher Angriff stattfinden konnte.

Antisemitismus, Rassismus, der Umgang von staatlicher Seite mit zivilgesellschaftlichem Engagement sowie rechts-extreme Tendenzen und Entwicklungen sind die Themenfelder des zweiten Schattenberichts, mit dem vier Projekte die »Berliner Zustände 2007« aus ihrer alltäglichen Arbeit heraus darstellen und analysieren.

Im Vorwort greift Andreas Köhn aus journalistischer Sicht die Frage nach dem Verhältnis zwischen dem immer wieder geforderten zivilgesellschaftlichem Engagement und den Ermittlungs- und Kriminalisierungspraktiken von BKA und LKA auf, die auch zwei weitere Beiträge thematisieren.

So wirft auch die Opferberatungsstelle ReachOut einen kritischen Blick auf die nicht immer förderlichen Rahmenbedingungen antifaschistischen Engagements, wie Bundes- und andere Förderprogramme, und problematisiert die Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden: Denn ein Fall ist nicht einfach nur ein Fall und schon gar nicht eine zeitlich begrenzte Krisensituation. Mit seiner Erfassung in einer Chronik kann er nur schwer das Ausmaß rechter Gewalt abbilden. Die Folgen der Gewalterfahrung

gen beschäftigen Opfer und Beratungsstelle manchmal über Jahre hinweg, die Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen ist dabei nicht immer hilfreich um eine weitere Traumatisierung zu verhindern bzw. eine Aufarbeitung zu ermöglichen.

Die Frage nach der juristischen Aufarbeitung und einem sensibilisierten Umgang der Polizei rückt auch der persönliche Bericht einer von rechtsextremer Gewalt Betroffenen in den Fokus.

Mit zwei kurzen Texten soll eine Frage aufgegriffen sowie eine Diskussion angestoßen werden, die im vergangenen Jahr eine Herausforderung für die Beratungspraxis darstellte: Kann man bei Angriffen von Menschen mit Migrationshintergrund auf herkunftsdeutsche Menschen von Rassismus sprechen?

ReachOut nähert sich dieser Fragestellung aus der eher praxisorientierten antirassistischen Perspektive und das apabiz analysiert aus einer eher sozialwissenschaftlichen Perspektive, die den Diskurs betrachtet. Die Diskussion steht erst am Anfang. Doch bevor, wie leider viel zu oft in der medialen Öffentlichkeit, der Diskurs genutzt wird, um rechtsextreme und rassistische Angriffe zu relativieren, wollen wir den Versuch unternehmen, kritisch in den Diskurs einzugreifen und eine antirassistische und antifaschistische Analyse und Meinung zu vertreten.

Mit dem Beitrag des Projektes amira zu antisemitischen Erscheinungsformen und Debatten gelingt uns es hoffentlich, eine Leerstelle des letzten Schattenberichtes zu schließen und einen wesentlichen Aspekt der Berliner Entwicklungen aufzuzeigen. Ergänzt wird der Artikel durch eine Chronik antisemitisch motivierter Übergriffe des letzten Jahres.

Aufbauend auf die Analyse des Berliner Wahlkampfes der NPD im letzten Schattenbericht beschreibt die MBR im Jahr zwei nach dem Einzug rechtsextremer Parteien in fünf Berliner BVVen die parlamentarische Arbeit der NPD und widmet sich einer wesentlichen Facette rechtsextremer Selbstinszenierung als »wehrhafte Opfer« und »wahre Demokraten«.

Die rechtsextreme Organisation jenseits der NPD in Berlin nimmt das apabiz abschließend in den Blick – ein Feld, das auch schon im Jahr 2006 durch den Wegfall klassischer Kameradschaftsstrukturen bzw. ihr Aufgehen in der NPD in Umstrukturierung begriffen ist. Zeit, neue Themen anzusprechen: Die HDJ – eine Organisation, die nicht öffentlich auftritt, aber für die Organisation und Sozialisierung rechtsextremer

(Familien-)Strukturen von zentraler Bedeutung ist – ist im Jahr 2007 zu recht in die Schlagzeilen geraten. Ebenso müssen 2007 die ersten Gehversuche eines Berliner Ablegers der rechtspopulistischen Bürgerinitiative Pro Deutschland beobachtet werden.

In seiner Gesamtheit verfolgt der Schattenbericht das Ziel, als alternative Informationsquelle zu dienen. Er will die relevanten Entwicklungen und Tendenzen des vergangenen Jahres in den Blick nehmen und diese mit den jeweiligen spezifischen Arbeitsschwerpunkten der Projekte verknüpfen. Mit einer jährlichen Analyse wollen die Projekte einen Beitrag zu der qualitativen Weiterentwicklung antifaschistischer, zivilgesellschaftlicher und kommunalpolitischer Handlungsstrategien leisten. Dahinter steht der Anspruch, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe verstanden zu wissen – eine kontinuierliche Herausforderung und nicht bloß Krisenmanagement. //



Bildinformation:

→ Stolpersteine, die an deportierte und ermordete Juden aus der Kleinen Hamburger Straße im sog. Scheunenviertel in Berlin-Mitte erinnern. (11.2.2008, Berlin)
19. November 2007, Berlin-Lichtenberg: Unbekannte beschädigen zwei Stolpersteine mit einer grauen Flüssigkeit. (Pressedienst der Polizei, 19.11.07)





»Im Namen des Volkes ...«

Ein Opfer rechter Gewalt berichtet

von PAULA S.

Am 13. Februar 2004 fahre ich mit mehreren FreundInnen nach Dresden zum Naziaufmarsch: Das jährliche Spektakel mit Tausenden von Nazis, die sich beklagen, dass es so viele deutsche Opfer während des 2. Weltkrieges gab, die den Holocaust leugnen und die Naziverbrecher als Opfer darstellen. Es ist für mich wichtig, Geschichtsrevisionismus entgegen zu treten. Der Tag war furchtbar, es scheint an solchen Tagen in Dresden, als wären alle gegen einen.

Wir entschließen uns zurückzufahren. Der Hauptbahnhof in Dresden ist voll von Nazis. Wir (ca. 15 Leute) nehmen einen Zug später, da zum jetzigen Zeitpunkt die Züge voller abreisender Nazis sind und es zu gefährlich für uns ist. Mit dem nächsten Zug fahren wir aber auch nur eine Station. Auch zu viele Nazis. Wir steigen Dresden-Neustadt wieder aus. Den nächsten Zug, mit Zwischenhalt in Cottbus, nehmen wir letztendlich. Irgendwie müssen wir ja nach Hause. Der Zug sieht gut aus. Wir steigen

ein. In Cottbus treffen wir auf eine Gruppe von fünf Nazis. Egal, wir sind ja 15. Wortgefecht. In der Eingangshalle werden aus den fünf Nazis dann bis zu 15. Sie pöbeln, die Dazukommenden statten ihre Kameraden mit Springerstiefeln aus, weg mit den Turnschuhen. Einer holt ein großes Messer hervor und steckt es provokativ in seinen Stiefel. Wir sollen es sehen. Ein anderer öffnet für uns seinen Mantel, er hat einen Baseballschläger dabei. Die Situation ist bedrohlich. Das finden auch zwei BGS-Beamte. Sie gehen lieber. Wir entschließen uns schon mal zum Zug zu gehen und steigen ganz hinten ein. Die Nazis vorn. Jetzt sind es ca. zehn. Na ja, mal gucken was passiert. Der Zug fährt los. An den Bahnhöfen, an denen wir halten, steigen immer mehr Nazis zu. Ist das Zufall? Bestimmt nicht, die sind wegen uns hier. Mittlerweile dürften es deutlich mehr als wir sein. Und sie haben Waffen. Uns wird von Bahnhof zu Bahnhof immer schlechter. Immer mehr Nazis steigen ein. Ich habe Angst. Dann passiert es, ein Mob bewegt

sich auf uns zu. Im letzten Augenblick verschließt der Schaffner die Tür zu unserem Abteil. Die Nazis bleiben draußen. Wir hatten erstmal Glück. Der Schaffner fragt uns, wo wir aussteigen wollen. Berlin-Ostbahnhof. Dort öffnet er dann wieder die Tür. Die restliche Fahrt über ist es ruhig. An den Bahnhöfen steigen die Nazis teilweise wieder aus. Aber nicht alle.

Endlich in Berlin. Wir stehen an der Tür, als der Zug einfährt. Ich gucke zu den anderen Gleisen. Die sehen aber ziemlich komisch aus, die da auf der anderen Seite zu warten scheinen. Wir steigen aus, die Nazis auch. Jetzt höre ich nur noch: »Das sind sie. Jetzt schnappt sie euch!« Alle rennen los, auch die von gegenüber. Treppe rauf, Treppe runter. Sie sind hinter uns her. Alle verstreuen sich, rennen voller Panik in alle möglichen Richtungen. Irgendwann sehe ich den Ausgang. Vor mir die Treppe, die zu diesem führt. Ich spüre einen Stoß und falle alle Stufen hinunter. Unten bleibe ich liegen. Al-



les tut mir weh. Ich denke, jetzt haben sie mich und sie haben Messer und Baseballschläger.

Doch mein Freund ist neben mir, er hilft mir hoch und stützt mich beim Rausrennen. Meine Rippen tun weh und mein Bein. Draußen verstecken wir uns hinter einem Busch. Vor dem Bahnhof bauen sich die Nazis auf und grölen irgendwas. Sie lassen von uns ab.

Nachdem ein paar Minuten vergangen sind, gehen wir wieder rein. Nach unseren BegleiterInnen gucken. Wir treffen jemanden aus unserer Gruppe. Er meint, BGS-Beamte sind auf dem Bahnsteig und fragt, ob wir verletzt wurden. Ich erzähle ihm vom Sturz. Er rät mir eine Anzeige zu machen. Ich bin einverstanden und gehe zu den Polizisten. Nachdem ich diese darauf hingewiesen habe, meine Personalien nicht direkt neben den Nazis aufzunehmen, entfernen wir uns von den Nazis, die durch die Polizei festgehalten werden.

Drei von uns geben ihre Personalien ab. Außer mir wurde noch eine weitere Person verletzt. Ihr wurde ins Gesicht ge-

schlagen. Die BGS-Beamten nehmen auch von einigen Nazis die Personalien auf, aber lassen sie kurz darauf in die nächste Bahn einsteigen. Wir fahren auch nach Hause. Als ich mein Knie genauer anschau, erschrecke ich mich, da ich einen monströsen Bluterguss habe. Nachdem die Schmerzen auch nach Tagen nicht besser wurden, gehe ich zum Arzt, der eine Rippenprellung und diverse Hämatome feststellt. Ein paar Wochen vergehen, bis ich zur Zeugenaussage geladen werde. Ich gehe, mache meine Aussage und erstatte Anzeige. Das war es dann. Ich höre nichts mehr über Monate. Ich versuchte telefonisch etwas herauszukriegen, doch ich bekomme keine Informationen. Das solle ich schriftlich beantragen, heißt es.

Nach etwa 2,5 bis 3 Jahren gehe ich zu meinem Anwalt, um zu schauen, was mit meiner Anzeige passiert ist. Als die Akten endlich da sind, stellt sich heraus, dass das Verfahren gegen die Nazis unrechtmäßig eingestellt wurde. Es wurde kaum ermittelt. Schon damals fragte ich mich: Warum ermittelt der Staatsschutz, wenn ein linker Aufkleber geklebt wird und warum wird ein Verfahren einge-

stellt, wenn man von 30 Neonazis mit Waffen gejagt wird? Stimmt der Spruch »Die Justiz ist auf dem rechten Auge blind«? Mein Anwalt reicht also Beschwerde gegen die Einstellung des Verfahrens ein. Lange nichts. Also nochmal Beschwerde einreichen. Hallo?! Passiert hier mal was?!

Irgendwann nach langer Zeit stellt die Staatsanwaltschaft wohl fest, dass sie doch nochmal was machen müsse. Wir lassen uns nicht so einfach abspesen. Also wird das Verfahren mit langer Begründung wieder aufgenommen. Toll! Jetzt müssen wir nur noch auf ein Verfahren warten. Das dauert natürlich auch noch. Zur Last gelegt wird den beiden Beschuldigten nun «besonders schwerer Landfriedensbruch», »gefährliche Körperverletzung« und anderes. Na endlich Gerechtigkeit! Nach so vielen Jahren voller Schlamperei kriegen sie nun ihre Strafe für das, was sie mir antaten. Denkste! Der erste Beschuldigte wird erstmal gleich aus dem Verfahren rausgenommen. Das Verfahren gegen ihn wird vorläufig eingestellt, weil er anderweitig schon zu 1,5 Jahren Jugendstrafe verurteilt wurde und deshalb die



für den Landfriedensbruch zu erwartende Strafe angeblich nicht mehr ins Gewicht fallen würde. Scheiße. Na gut. Dass nicht alle bestraft werden, habe ich ja schon mitbekommen. Wurde ja von Anfang an nur gegen zwei ermittelt. Am 19.02.2008 ruft meine Mutter an. Die Polizei war da und wollte einen Brief vom Amtsgericht Tiergarten für mich abgeben. Können die sich keine Briefmarken leisten? Und warum kriege ich den Brief nicht an meine Wohnadresse? Ich rufe also meinen Anwalt an und der sagt mir: »28.2.2008, 11.30 Uhr Prozess!« Okay! Aber über die Nebenklage ist noch nicht entschieden.

Eine Woche vergeht. Ich kriege immer noch keine Post zwecks Vorladung als Zeugin. Na gut, dann werde ich einfach hingehen und gucken, ob ich als Zeugin aussagen soll. Am 26.02.2008 dann der Beschluss: Nebenklage zugelassen und ich Hauptzeugin. Sehr kurzfristig, aber wundert es mich? Ist ja die ganze Zeit so scheiße gelaufen. Als Nebenklägerin ist mensch nicht gerade beliebt bei den Tätern. Könnte gefährlich werden. Egal! Ich steh das durch. Endlich, endlich Gerechtigkeit! Am Morgen, mir geht es

nicht so gut, wie wird es laufen? Wir kommen an. Keine Ahnung, wo der Täter ist. Ich setze mich mit meinem Anwalt hin und warte. Die Minuten vergehen. Eine halbe Stunde. Alle möglichen Leute werden aufgerufen, nur wir nicht.

Nach 45 Minuten dann die Durchsage »Das Verfahren gegen Daniel K. wird eingestellt, vielen Dank, dass sie gekommen sind«. Habe ich mich gerade verfehrt? Das geht doch nicht, das können die doch nicht so einfach machen. Wo ist denn da die Gerechtigkeit? Die haben mich verletzt, die haben mich gejagt, ich hatte Angst und Schmerzen. Unglaublich

che Wut kommt in mir hoch, Verzweiflung, Resignation. Mein Anwalt geht in das Prozesszimmer. Der Richter ist schon weg. Die Schreibkraft teilt meinem Anwalt mit, dass der Beschuldigte noch andere Verfahren haben soll, weswegen dieses eingestellt wird. Sie hatten wohl vergessen, uns das mitzuteilen. Zwei Tage vor dem Prozess wurde erst über die Nebenklage entschieden. Vergessen? Das geht doch nicht. Tja, nichts zu machen. Pech gehabt!

Ich bin am Ende mit den Nerven. Aber ich kann nichts machen. Das ist der deutsche Rechtsstaat. //

Bildinformation:

↑ ← Stolpersteine, die an deportierte und ermordete Juden aus der Kleinen Hamburger Straße im sog. Scheunenviertel in Berlin-Mitte erinnern. (11.2.2008, Berlin)
5. Dezember 2007, Berlin-Kreuzberg: Einen herausgebrochenen Stolperstein traten mehrere Jugendliche in der Graefestraße mit den Füßen hin und her. (Pressedienst der Polizei, 06.12.07)